

Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses  
Frau dos Santos Herrmann

Vorsitzender des Rates  
Herr Oberbürgermeister  
Jürgen Roters

Haus Neuerburg  
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln  
Postanschrift:  
Postfach 103564 · 50475 Köln  
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841  
E-mail: [DieLinke@stadt-koeln.de](mailto:DieLinke@stadt-koeln.de)  
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 13.05.2015

**AN/0783/2015**

## **Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Wirtschaftsausschuss	28.05.2015

### **Berücksichtigt die Machbarkeitsstudie der ÖPP Deutschland AG zum Frischemarkt Marsdorf kritische Hinweise des Bundesrechnungshofes und dessen Vorschläge zur effizienteren Ausgestaltung der Eigenerbringung?**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Frau dos Santos Herrmann,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Wirtschaftsausschusses zu nehmen:

Im September 2011 haben der Bunderechnungshof und die Rechnungshöfe der Länder einen „Gemeinsamen Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP- Projekten“ vorgelegt.

Auf der Grundlage der Überprüfung von 30 ÖPP- Projekten mit einem Gesamtvolumen von 3,2 Milliarden Euro stellten die Rechnungshöfe fest, „*dass die Effizienzvorteile der ÖPP- Varianten häufig zu hoch berechnet oder nicht schlüssig nachgewiesen wurden.*“ (S.16)

So stellen die Rechnungshöfe ausdrücklich fest, „*dass ungleiche Rahmenbedingungen rechnerisch zu erheblichen Kostennachteilen der konventionellen Beschaffungsmethode führen*“, und führen dazu aus: „*Häufig fanden sich in den Wirtschaftlichkeitsberechnungen pauschale Annahmen, die das konventionelle Bauen mit Mehrkosten belasteten. Beispiele dafür sind längere Planungs- und Bauzeiten, (...), höhere Baukosten, höheres Nachtragsvolumen und schlechteres Nachtragsmanagement, höherer Sanierungs- und Instandhaltungsaufwand, höhere Risikokosten. Bei näherer Betrachtung erwiesen sich die Annahmen als oft unbegründet, Belege für die getroffenen Annahmen fehlten regelmäßig.*“

Ausdrücklich kritisieren die Rechnungshöfe zudem die Bewertung der Risikokosten<sup>1</sup> sowie die Darstellung des Lebenszyklusansatzes als eines ÖPP-spezifischen Vorteils.

In der Machbarkeitsstudie der ÖPP Deutschland zum Frischezentrum Köln-Marsdorf werden hingegen in 4 der 6 untersuchten Risikogruppen für die Eigenrealisierung deutlich höhere Risikokosten angesetzt als bei der ÖPP- Variante. Für die Baurisiken wird dabei sogar mit einem Risikoansatz von 15 % der ansonsten in Verwaltungsvorlagen für Bauvorhaben übliche Wert von 10 % um die Hälfte überschritten.

Weiterhin stützt sich die Machbarkeitsstudie auf die Annahme eines grundsätzlichen Effizienzvorteils eines ÖPP-Betreibers durch den Lebenszyklusansatz, d.h. eine an Haltbarkeit und Folgekosten im Betrieb orientierte Herangehensweise an Bauplanung und Beschaffungen.

Die Rechnungshöfe weisen diese Annahme ausdrücklich zurück: *„Nach den Prüfungsergebnissen der Rechnungshöfe stellt der Lebenszyklusansatz aber keinen ÖPP-spezifischen Vorteil dar, weil auch bei öffentlichen Baumaßnahmen generell durch entsprechende Planungen auf einen wirtschaftlichen Betrieb zu achten ist.“*

Ob und wie auch bei einer Eigenrealisierung eine Kostensenkung z.B. durch eine entsprechende Planung und Bewertung des im vergaberechtlichen Sinne ‚wirtschaftlich günstigsten‘ Angebots erreicht werden kann, wird dennoch weder in der Machbarkeitsstudie noch in der Verwaltungsvorlage erwogen.

Bei der Beantwortung der Einzelfragen bitten wir um vor dem Hintergrund der Warnungen der Rechnungshöfe um eine abschließende Bewertung im Hinblick auf die Auswirkung der Antworten auf den vorgelegten Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen Eigenerbringung und ÖPP-Betreibermodell, um dem Rat eine der hohen finanziellen Verantwortung angemessene Entscheidung zu erleichtern:

- 1.) Wie bewertet die Verwaltung das Risiko einer Kosten- und Terminüberschreitung bei einer möglichen ÖPP- Ausschreibung sowie das Risiko einer europa- oder wettbewerbsrechtlichen Anfechtung einer ÖPP- Vergabe durch einen unterlegenen Bieter, und warum wurde in der Machbarkeitsstudie auf eine Bewertung dieser Risiken verzichtet?
- 2.) In welchem Zeitraum würde sich der Frischemarkt durch die anfallenden Überschüsse aus dem laufenden Betrieb amortisieren, wie lang ist die angenommene Lebensdauer des Frischemarktes und welche Ergebnisse hätte ein Wirtschaftlichkeitsvergleich für diese Zeiträume, (a) wenn man die ÖPP-Vertragsdauer von 3 + 30 Jahren zu Grunde legt und (b) wenn man eine ÖPP-Vertragsdauer über die jeweils gesamten Zeiträume zu Grunde legt?

---

<sup>1</sup> „Häufig wurden fehlerhafte oder überzogene Einschätzungen der Risikokosten für die konventionelle Beschaffungsvariante festgestellt. Dagegen wurden die beim Auftraggeber verbleibenden Risikokosten der ÖPP-Variante zu gering eingeschätzt. Über diese Stellschraube der Risikoübernahme ließen sich die geschätzten Kosten der konventionellen Beschaffungsvariante so zielorientiert festlegen, dass der wirtschaftliche augenscheinlich auf Seiten des ÖPP-Modells lag.“  
Ausdrücklich fordern die Rechnungshöfe deshalb, „Ergebnisse von Wirtschaftlichkeitsberechnungen dann besonders kritisch zu hinterfragen, wenn sich Effizienzvorteile zugunsten ÖPP maßgeblich aus einer günstigeren Risikoeinschätzung der ÖPP- Variante ergeben.“ (S.23., Gemeinsamer Erfahrungsbericht)

- 3.) Was genau ist mit dem Hinweis auf einen Effizienzvorteil des privaten Betreibers bei den Wach- und Sicherheitsdiensten sowie in der Rubrik ‚Sonstiges‘ mit dem Stichwort ‚Tariffreiheit eingeschränkt‘ in der tabellarischen Übersicht auf S. 112 der Machbarkeitsstudie gemeint, d.h.: Welche Tätigkeiten sollen durch einen ÖPP-Betreiber konkret durch Anwendung welcher Tarifverträge zu Bedingungen unterhalb der Tarife des öffentlichen Dienstes erbracht werden, wie hoch ist die auf dieser Grundlage vermutete geringere Kostenbelastung pro Jahr, welche Einkommen würden die so Beschäftigten monatlich erzielen und in welchem Umfang wären Folgekosten für die öffentliche Hand durch den ergänzenden Bezug von Sozialleistungen durch die Beschäftigten zu erwarten?
- 4.) Wie oben ausgeführt, warnen die Rechnungshöfe davor, dass in Wirtschaftlichkeitsvergleichen deutlich höhere Risikoaufschläge für die Eigenerbringung angesetzt werden als für ÖPP. Die Übersicht auf S. 101 zeigt, dass dies in vier von sechs Risikogruppen auch in diesem Fall geschieht. Bei den Baurisiken wird im Fall der Eigenerbringung sogar ein Risikozuschlag von 15 % angenommen, der höher liegt als der in Ratsvorlagen üblicherweise verwendete Wert von 10 %.
- Wie begründet die Verwaltung diese Diskrepanz und welches Ergebnis hätte ein Wirtschaftlichkeitsvergleich, wenn bei Eigenerbringung und ÖPP ein Risikoaufschlag in gleicher Höhe für alle Risikogruppen angesetzt würde?
- 5.) Ein Teil der angenommenen Effizienzvorteile einer ÖPP- Realisierung beruht auf einer Bewertung der Leistungsfähigkeit und Effizienz von Vergabeverfahren für die späteren Betriebskosten (sog. Lebenszyklusansatz). Dieser Ansatz der Machbarkeitsstudie widerspricht dem ausdrücklichen Hinweis der Rechnungshöfe, dass der Lebenszyklusansatz keinen ÖPP-spezifischen Vorteil darstellt. Dennoch wurde das Vergabeamt im Gegensatz zu anderen Ämtern nicht an der Machbarkeitsstudie beteiligt (s. Übersicht auf S. 19)
- Wie bewertet das Vergabeamt die Möglichkeiten, die Wirtschaftlichkeit des künftigen Betriebes des Frischemarktes auch bei Eigenrealisierung in der Planung und Vergabe zu berücksichtigen?

Wir bitten darum, die Beantwortung dieser Anfrage auch der BV Lindenthal und den übrigen Ausschüssen zur Kenntnis zu geben, die mit der Beratung über das Frischezentrum Marsdorf befasst sind (Liegenschaftsausschuss, AVR, Bauausschuss, Stadtentwicklungsausschuss, Finanzausschuss).

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Michael Weisenstein

Geschäftsführer

Fraktion DIE LINKE

